

Über Jahrzehnte wurde das politische System Österreichs von in- und ausländischen Beobachtern als ein Musterbeispiel für Stabilität beschrieben, gekennzeichnet durch Abwesenheit größerer gesellschaftlicher Konflikte und anderer Formen politischer Unruhe. In den letzten Jahren ist dieses Bild der „Insel der Seligen“ allerdings etwas ins Wanken geraten, was allgemein, man denke etwa an Reaktionen auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ und die politischen Proteste nach der Bildung der ÖVP/FPÖ-Koalition seit Februar 2000, mit gewisser Verwunderung wahrgenommen wurde. Viele Journalisten und die mit ihnen symbiotisch verbundenen Meinungsforscher konnten den unaufhaltbaren Aufstieg der von ihnen vielfach totgesagten FPÖ und die Ausbildung neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien einfach nicht verstehen. Als dann nach der Regierungsbildung plötzlich die üblicherweise als „apolitisch“ verformte „Internet-Generation“ über Monate hinweg ein Feuerwerk bisher nicht gesehener politischer Protestformen entfachte, mussten erneut so manche lieb gewonnene Bilder von der zwar stabilen, aber irgendwie faden österreichischen Demokratie revidiert werden. Die heute so häufig diagnostizierte „neue Unruhe“ im politischen System Österreichs hat viele Ursachen. Ich möchte hier auf eine besonders wichtige Ursache für diese Veränderung in der österreichischen Politik näher eingehen: nämlich auf die oft übersehene, häufig bagatellierte, aber aus meiner Sicht bedeutende Ausbildung einer breiten basis- und direktdemokratisch orientierten „Bewegungsszene“ in Österreich seit den 1970er-Jahren – und die Reaktion der institutionalisierten Politik auf diese neue Tendenz der „Politik von unten“.

Erste Bruchstellen der „Insel der Seligen“

Während also das Bild der Stabilität die Beschreibung des politischen Systems Österreichs bis in die 1990er-Jahre hinein dominierte, können wir die ersten Bruchstellen der „Insel der Seligen“ im Mai 1968 lokalisieren. Die Studentenproteste dieses Jahres stehen für den Beginn einer symbolischen Öffnung der politischen Landschaft Österreichs. Der Mai '68 in Österreich, das war zwar nur, so ein Buchtitel, eine „heiße Viertelstunde“¹. Es gab in diesem Jahr in Österreich – wie in anderen Ländern – Demonstrationen, *teach-ins* und *sit-ins* und eine Reihe anderer aufmüpfiger Aktionen, angesiedelt insbesondere im universitären Bereich. Im Gegensatz zu anderen Ländern fielen diese Aktionen aber gemäßigt aus und erreichten zu keinem Zeitpunkt das Niveau einer Massenbewegung. Dennoch waren diese Protestaktionen ein wichtiges Symbol für bevorstehende Veränderungen in Politik und Gesellschaft.

**Studenten-
proteste Mai
1968**

Die Schwäche der österreichischen Studentenbewegung stand in Zusammenhang mit der Rückständigkeit des österreichischen Bildungssystems wie auch der insgesamt eher ungünstigen Lage für eine größere politische Mobilisierung. In Österreich gab es Ende der 1960er-Jahre ganz einfach deutlich weniger StudentInnen als in anderen vergleichbaren Ländern, die wirtschaftliche Lage zu dieser Zeit war gut, was sich auch nicht begünstigend auf das Entstehen von Protesten auswirkte. Schließlich gab es im politischen System mit der SPÖ eine tatkräftige politische Opposition, die es verstand eine wesentliche Rolle in der Kanalisierung von Protestmotiven zu übernehmen und die Hoffnungen auf Veränderung, Partizipation und Reform zu bündeln.²

Dennoch reflektierten die Studentenproteste in Österreich bei aller Gemäßigkeit eine Reihe breiterer Trends, die eine größere politische und gesellschaftliche Veränderung erwarten ließen. Unter diesen Trends war bedeutsam ein auch in anderen westlichen Industriestaaten in den Nachkriegsjahrzehnten graduell einsetzender Individualisierungsschub, durch den Menschen aus traditionellen Bindungen und Bezügen herausgelöst wurden, und der verhaltensprägende Faktoren wie soziale Klassenzugehörigkeit und lang tradierte Werte in den Hintergrund treten ließ. Gleichzeitig kam es zu einer Homogenisierung individueller Lebensbedingungen, etwa verursacht durch Massenkonsum, Urbanisierung oder bürokratische Normierungsprozesse. Der Zusammenprall dieser beiden Tendenzen – Homogenisierung und Individualisierung – bildete vor dem Hintergrund des zunehmenden Sichtbarwerdens der Folgeprobleme des industriellen Wachstums (Stichwort Umweltkrise) neue Konfliktlinien und Widersprüche, die in einer Reihe neu auftretender sozialer Bewegungen thematisiert wurden.³ In Österreich, und das ist ein ganz wichtiger Punkt, fanden diese Veränderungen der strukturellen und lebensweltlichen Lebensbedingungen deutlich verspätet statt. Das Land wies bei vielen Indikatoren von Modernisierung wie etwa bei der Beschäftigungsstruktur gegenüber anderen Industrieländern einen Rückstand von rund zehn Jahren auf. Österreich war also zunächst anders, es wurde aber im Laufe der 1970er-Jahre anderen Industriestaaten ähnlicher. Es holte bei der Modernisierung auf, die eingebettet war in den „Österreichischen Weg“, eine Periode sozialdemokratischer Reformpolitik, deren Schwerpunkt bei der „Vermenschlichung“ der Modernisierungsprozesse lag. Mit Ausnahme des Atomprogrammes fehlte es in den 1970er-Jahren an mit Nachdruck betriebenen Technologie- oder Forschungsprogrammen.

Zwentendorf als Schlüsselkonflikt

Es ist wohl nicht nur Ironie der Geschichte, dass das einzige größere Technologieprogramm Österreichs der 1960er- und 1970er-Jahre, nämlich das Atomprogramm, Gegenstand eines der zentralen politischen Konflikte der 1970er-Jahre wurde und gleichzeitig

**Neue Formen
politischer
Partizipation**

auch zu einem Massen mobilisierenden Schlüsselkonflikt von überregionaler Bedeutung wuchs. Wie war die Atomkraft zu so einem zentralen politischen Streitfall geworden? ⁴

Ursprünglich sollten in Österreich zunächst drei Atomkraftwerke in Betrieb gehen, was zuerst im Falle des geplanten Atomkraftwerks in St. Pantaleon auf den Widerstand lokaler Gruppen stieß, worauf die Regierung von der Realisierung dieses Kraftwerks Abstand nahm. Doch im Falle des geplanten Kraftwerks in Zwentendorf wollte die Regierung sozusagen aufs Ganze gehen. Das so ziemlich einzige große Technikprojekt der späten Nachkriegsjahre sollte auf keinen Fall Opfer der Alltagspolitik werden. Die Regierung kündigte eine bundesweite Informationskampagne in Sachen Atomkraft an, was zum bundesweiten Zusammenschluss der Atomkraftgegner führte, zur Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG). Die IÖAG wurde zum ersten bedeutenden Experimentierfeld basisdemokratischer Ansprüche für neue Formen politischer Partizipation. Der Widerstand gegen die Atomkraft wurde zu einem Massenphänomen, das bis zu 500.000 Personen umfasste. Politisch kam es zu einer Polarisierung, wobei die SPÖ und die Sozialpartner für die Atomkraft eintraten, die ÖVP eine vage Position und die damals noch sehr kleine FPÖ eine atomkraftkritische Position vertrat. In Summe erschien der Konflikt um die Atomkraft als ein Konflikt von etablierten politischen Kräften mit nicht-etablierten politischen Kräften, mit den nicht bzw. neu und unkonventionell Organisierten, die als das andere, das neue Österreich auftraten, das dem Österreich der Mächtigen, der großen Parteien, der Sozialpartner die Stirn bot. Die Dimension des Widerstands gegen die Atomkraft ließ die Regierung zum Instrumentarium der Volksabstimmung greifen – und am 5. 11. 1978 stimmte eine knappe Mehrheit der Österreicher gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf. Diese Abstimmung markierte auch das Ende der Atomkraft in Österreich. Gleichzeitig war Zwentendorf zu einem Massen mobilisierenden Schlüsselkonflikt geworden, in dem viele BürgerInnen wichtige politische Sozialisationserfahrungen machen konnten, die später für die Ausbildung einer ausdifferenzierten Szene neuer sozialer Bewegungen von der Friedensbewegung bis zur Gentechnikbewegung von großer Bedeutung waren. Etwas zugespitzt formuliert: Was in anderen Ländern die Studentenbewegung in Sachen Aufrütteln und Umgestalten der politischen Landschaft getan hatte, hatte in Österreich die Anti-AKW Bewegung bewirkt.

Mit der Zwentendorf-Abstimmung war also Wichtiges passiert:

1. Die Regierung hatte einen der ersten größeren Modernisierungskonflikte der Nachkriegsjahrzehnte verloren.
2. Die außerparlamentarischen Opponenten des Regierungskurses hatten einen großen Streitfall gewonnen und gleichzeitig politisch viel dazugelernt.
3. Die Kritiker hatten erfahren, dass Konflikte mit dem Staat über Technikprojekte gewinnbar sind.
4. Erstmals wurden Instrumente direkter Demokratie in einem Technikkonflikt eingesetzt.
5. Eine neue technik- und wissenschaftskritische Subkultur war etabliert worden, die in den folgenden Jahren sich ganz prominent und mit Regelmäßigkeit artikulieren würde.
6. Über die Atomkraft war mit Instrumenten politischer Mobilisierung abgestimmt worden, also mit Protestmärschen, Medienkampagnen, Gegenkampagnen, letztlich einer Abstimmung, d.h. nicht über Verhandeln, Aushandeln, Diskutieren, sondern über die Etablierung eines Freund-Feind-Schemas, das klare Gewinner und Verlierer zurückließ, nicht aber einen gesellschaftlichen Kompromiss. Noch Jahre nach der Volksabstimmung versuchten die Befürworter der Atomkraft mit verschiedenen Mitteln die Atomkraftabstimmung zu revidieren, erst der Unfall in Tschernobyl bedeutete das wirkliche „Aus“ für die Atomkraft in Österreich und die Etablierung eines gesellschaftlichen Kompromisses in dieser Sache.

Eine „Bewegungsszene“ entsteht: zwischen neuer politischer Kultur und Internet

Der Konflikt um Zwentendorf war kein isoliertes Phänomen basisdemokratischer Mobilisierung, sondern stellt aus heutiger Sicht den ersten Höhepunkt eines politischen Protestzyklus dar, der eine Reihe anderer basis- und direktdemokratischer Bewegungen umfasste, wie etwa die neue Frauenbewegung, die Ökologiebewegung und, in den 1980er-Jahren, die Alternativbewegung, die Jugendbewegung und die Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung. Das im Verlauf der 1970er-Jahre durch sozialstrukturellen Wandel formierte modernisierungskritische Potenzial wurde nun in den verschiedensten Bereichen sichtbar. Immer mehr neue politische Akteure machten nun Erfahrungen außerhalb der traditionellen politischen Artikulationskanäle und in den sich ausbildenden Gegenkulturen wurde in Prozessen sozialen Lernens die Entwicklung neuer Deutungen und Erfahrungen möglich. Der neue Stil, die neuen Inhalte und die neuen Techniken der „Politik von unten“ prallten auf Stile, Inhalte und Techniken der institutionalisierten Politik von den politischen Parteien über die Sozialpartnerschaft bis zum lokalen Bürgermeister, die sich mit für sie schwer einschätzbaren und ungewohnten Formen politischer Artikulation konfrontiert sahen. Meist sehr konkrete Forderungen wie „Stopp für Atomkraft“, „Nein zu Hainburg“ oder die Einrichtung von Frauenhäusern symbolisierten breitere Themen und Anliegen, vor allem ein Plädoyer für neue Formen der Demokratie, insbesondere direktdemokratische Formen, aber auch ein neues Ethos der Pluralisierung⁵, das die Grenzen der etablierten pluralistischen Demokratie in Frage stellte und die Anerkennung neuer politischer Identitäten und Spielformen des Politischen einforderte.

BürgerInnenbewegungen in den verschiedensten Bereichen begannen seit den 1970er-Jahren graduell in einen „Bewegungssektor“ zu wachsen – ein neues Netzwerk oder Laboratorium der Politik, das Experiment und Reorientierung in so disparaten Feldern wie Sexualität, Natur, Normalität, Geschmack, Kunst, Demokratie oder Risiko ermöglichte.⁶ In den 1970er- und 1980er-Jahren entstand eine Vielzahl von Gruppen und Bewegungen, etwa mit dem Effekt, dass z.B. im Energie- oder Verkehrsbereich kaum ein Großprojekt geplant werden konnte, das nicht binnen kürzester Zeit mit Widerstand konfrontiert war; zugleich entstand etwa im Frauenbereich eine Vielzahl von Gruppen, Initiativen und Einzelprojekten, in denen Geschlechterverhältnis und Frauenanliegen der zentrale Ausgangspunkt für so unterschiedliche Anliegen wie Selbsthilfe und kulturelle Produktion waren. Die 1990er-Jahre wurden zu einer Phase der Konsolidierung und Professionalisierung der „Bewegungsszene“ und bedeuteten den letzten Schritt der neuen sozialen Bewegungen zu einer nicht mehr wegzudenkenden Komponente des Sozialsystems. Im Umwelt-, Natur-, Verkehrs- und Tierschutzbereich teilen sich heute die großen Akteure vom WWF (World Wide Fund for Nature) über Global 2000 und Greenpeace das Mobilisierungsfeld auf und ihre Arbeit ist geprägt durch die Professionalität von Bewegungsspezialisten, die nach allen Regeln der Kunst Massenmedien und Publikum bearbeiten. Aber auch im weniger durchorganisierten Bereich gab es in den letzten Jahren Anzeichen eines gewissen Mobilisierungsstilwandels, nicht zuletzt infolge der Verfügbarkeit neuer Technologien. Bei der neuen Studentenbewegung von 1996, die in Reaktion auf die von der Regierung beschlossenen Kürzungen im Bildungssektor entstand, wurde das erste Mal in Österreich ein neuer Stil von politischem Protest inszeniert, in dem die Organisation durch das Internet und handfeste politische Forderungen neben der Abhaltung friedlich-ironischer Rave-Love-Parades unter Massenbeteiligung im Mittelpunkt standen.⁷

In den 1990er-Jahren begann auch ein neuer Themenkomplex im „bewegten Österreich“ an Bedeutung zu gewinnen, als dessen Zielhorizont – um mit Ulrich Beck zu sprechen – die Schaffung einer „zivilcouragierten Gesellschaft“ beschrieben werden kann. Standen von den Anfang der 1970er- bis Anfang der 1990er-Jahre noch stark Umwelt, Natur, die Frauenfrage und, generell, die „Politik der Lebensstile“ im Vordergrund, gewann

Die neue
Frauen-
bewegung

„Politik
von unten“
versus
„Politik
von oben“

Die „zivil-
couragierte
Gesellschaft“

mit dem Engagement für Menschenrechte, etwa dramatisch ausgedrückt durch das von SOS Mitmensch 1993 veranstaltete „Lichtermeer“ gegen das FPÖ-Ausländervolksbegehren, die Idee des Aus- und Umbaus der Zivilgesellschaft in Österreich an Bedeutung. Dieses praktische Nachdenken in Form politischen Protests über ein „zivilcouragiertes Österreich“ fand seinen bislang eindringlichsten Ausdruck im Protest gegen die im Februar 2000 von ÖVP und FPÖ gebildete Regierungskoalition, die am 19. Februar in einer Großdemonstration von rund 250.000 Menschen unter dem Titel „Widerstand gegen Schwarzblau, gegen Rassismus und Sozialabbau“ gipfelte. Die neu gebildete Regierung sorgte binnen Wochen für das spontane Entstehen eines heterogenen Patchworks von Gruppen, Initiativen und Aktionen, zum großen Teil getragen von jenen jungen Menschen, die schon längst an MTV und H&M verkauft schienen. Der Alltag dieses politischen Protests war nicht nur geprägt durch Großdemonstrationen, sondern auch durch Woche für Woche regelmäßig stattfindende Demonstrationen und so genannte „Stadtwanderungen“, aber auch durch den souveränen Einsatz der neuesten Kommunikations- und Informationstechnologien. Dutzende von Internetsites und SMS sorgten für eine dezentrale und hocheffiziente Vernetzung einer Vielzahl von Gruppen und AkteurInnen, von Bundeskanzler Schüssel sehr zutreffend als die „Internet-Generation“ bezeichnet. Wenn das zentrale Thema dieses politischen Protests auch der Rücktritt der Regierung war, so zeigt sich bei näherer Betrachtung ein sehr viel tiefer gehendes Spektrum von Anliegen. Die Gruppe „get to attack“ schrieb etwa in ihrer Internetsite: „get to attack ruft nicht auf zu mehr Toleranz. Wir wenden uns gegen das Prinzip der Toleranz, weil es hierarchisch funktioniert und immer auch ein Prinzip der Diskriminierung ist. get to attack fordert deshalb Null-Toleranz gegenüber Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung /.../ get to attack demonstriert eine dynamische, demokratische Konfliktkultur gegen die Festschreibung von Feindbildern durch rechte Politik. Antagonismus statt Populismus.“ „volkstanz.net“ stellte sich dagegen so vor: „Wir sind die hedonistische Internet-Generation, der Dancefloor-Flügel des Resistance Movements. Wir fordern die Straßen zurück, wollen mit dem Medium der Street-Party die Territorialisierung der Jugendkultur aufheben. Gesellschaftliche Auseinandersetzungen werden im Repräsentationskapitalismus nicht allein auf dem Gebiet der Ökonomie und Politik entschieden, sondern zugleich auf kulturellem und ideologischem Gebiet. Pop ist unser Feld, das wir mit Guerilla-Semiotik beackern, kritischer Hedonismus unsere Utopie, die wir den Realitätskonstrukten der Machthaber entgegenhalten.“

Wenn die Protestbewegung gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung auch ein stark auf den städtischen Raum, hier wiederum vor allem ein in Wien besonders ausgeprägtes, Phänomen geblieben ist, steht außer Zweifel, dass diese Bewegung nicht nur eindrücklich die durch moderne Kommunikations- und Informationstechnologien neu verfügbaren Mittel der Organisation politischen Protests demonstriert, sondern auch – durchaus spielerisch, humorvoll und mit Selbstironie – die Arbeit an einer „zivilcouragierten Gesellschaft“ begonnen hat, die geprägt ist durch Solidarität, Respekt und Eintreten für Minderheiten, Meinungsfreiheit, Weltoffenheit und die Entwicklung neuer demokratischer Formen.

Neue soziale Bewegungen und die Chance zur Veränderung des politischen Systems

Die in den letzten drei Jahrzehnten entstandenen neuen politischen Bewegungen übten Druck auf das politische System aus sich zu verändern und anzupassen an die veränderten gesellschaftspolitischen Tendenzen. Im Parteienspektrum zeigte sich eine Reaktion unter anderem in Form des Auftretens grüner Listen und Parteien auf lokaler und überregionaler Ebene. Auch im politisch-administrativen Entscheidungssystem kam es zu einer Reihe wichtiger, wenn auch wenig spektakulärer Veränderungen, die in der Grundtendenz auf eine Verstärkung direktdemokratischer oder partizipatorischer Elemente im Ent-

scheidungsprozess von Politik und Verwaltung abzielten, wie etwa im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz von 1993, das neben den von einem Projekt betroffenen Nachbarn auch Bürgerinitiativen eine Parteienstellung einräumte. Trotzdem blieb bis zum heutigen Tag eine deutliche Kluft zwischen der „bewegten“ österreichischen Gesellschaft und der Responsivität des politisch-administrativen Systems bestehen. Große Anliegen, die breite gesellschaftliche Unterstützung genießen, wie etwa die Stellung der Frau in der Gesellschaft, die Sorge um die Umwelt, der Tierschutz oder Menschenrechte finden im politisch-administrativen Alltag, trotz aller neu eingeführter direktdemokratischer Instrumente, nach wie vor nicht jene Beachtung, die sich viele wünschen. Auch ist zur Zeit offen, welche Auswirkungen die in jüngster Zeit artikulierten Bemühungen zum Aufbau einer „zivilcouragierten Gesellschaft“ im politischen System haben könnten.

Ein gutes Beispiel ist hier die Debatte um die Gentechnik in Österreich. Wie in anderen Ländern Westeuropas intensivierte sich auch in Österreich Anfang der 1990er-Jahre die Debatte um die Chancen und Risiken der Gentechnik. Sinnvollerweise wurde 1992 eine parlamentarische Enquetekommission eingerichtet, die über Monate hinweg mit viel Aufwand die Gentechnik und ihre verschiedensten Dimensionen und Implikationen untersuchte und einen Katalog von Forderungen und Vorschlägen für den Umgang mit und die Regulierung der Gentechnik entwickelte. Die Enquetekommission des österreichischen Nationalrates repräsentierte einen neuen und diskursiven Stil des Umgangs mit Sorgen über Technikentwicklung und Kritik an Trends technisch-wissenschaftlicher Transformation. Paradoxerweise hatte man aber schon vor Einsetzung der Enquetekommission im Gesundheitsministerium mit Vorarbeiten an einem Gesetzesentwurf für ein Gentechnikgesetz begonnen, die auch während der Arbeit der Enquetekommission intensiv fortgesetzt wurden. Während also das Parlament unter anderem ein neues Gentechnikgesetz vorbereitete, waren sozusagen hinter verschlossenen Türen Beamte, Lobbyisten und Interessenvertreter zu einer Parallelaktion angetreten. Und in der Tat, der Entwurf der Beamten, Interessenvertreter und Lobbyisten wurde 1994 im Wesentlichen als Gesetz beschlossen.

War die Gentechnik Anfang der 1990er-Jahre noch kein zentrales Thema im politischen Diskurs Österreichs, so änderte sich die Lage schlagartig mit den ersten Anträgen zur Freisetzung gentechnisch modifizierter Organismen im Jahre 1996. Diese Freisetzungsanträge wurden schnell Gegenstand vehementer Proteste und Medienkampagnen. Die immer stärker werdende Debatte über die Regulierung der Gentechnik fokussierte immer mehr auf die Verquickung des Staates und seiner Organe mit den Interessen gentechnischer Forschung und Industrie. Zwar ging es in dieser Auseinandersetzung zunächst primär um die Frage der Sicherheit der Gentechnik und ihrer Produkte, aber gleichzeitig auch um die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit des Staates und seiner Regulierungsbehörden. Diese Glaubwürdigkeit war dem Staat aber durch sein Vorgehen zunehmend abhanden gekommen. Das Desaster der staatlichen Gentechnikpolitik kulminierte 1997 im Gentechnikvolksbegehren, das 1,2 Millionen Mal unterschrieben wurde, und in dem eine Reihe genereller, rigoroser Verbote in Sachen Gentechnik gefordert wurden, die schon aufgrund der EU-Mitgliedschaft Österreichs gesetzlich nicht umsetzbar waren. Damit wurde letztlich der Gentechnikkonflikt weiter polarisiert und dem verhandelnden Diskurs entzogen.⁸

Die Auseinandersetzung um die Gentechnik ist nur ein Beispiel von vielen für einen Konflikt zwischen „Politik von oben“ und „Politik von unten“, in dem eine Polarisierung zwischen der politisch-administrativen Entscheidungslogik und dem gesellschaftlichen Bedürfnis zu diskutieren, Lösungen in aller Öffentlichkeit auszuhandeln, deutlich wird. Wie könnte man nun eine bessere Verzahnung zwischen den seit Ende der 1960er-Jahre sich stark verändert habenden gesellschaftlichen Bedürfnissen und Sensibilitäten und dem Alltag des politischen Entscheidens erreichen? Auch hier gibt es nicht die eine Lösung, vielmehr müsste eine solche bessere Verzahnung durch eine Reihe von Schritten angestrebt werden. Eine wichtige Strategie bestünde sinnvollerweise darin, die schon bestehenden Institutionen der repräsentativen Demokratie ernst zu nehmen, also etwa nicht das Parlament zu einem Ort

des Nicht-Entscheidens und der symbolischen Politik verkommen zu lassen, sondern verstärkt die parlamentarische Arbeit als konkrete Suche für anstehende Probleme zu konzeptualisieren. Ein weiterer wichtiger Weg erscheint mir die Verbesserung der direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten im politischen Entscheidungsprozess zu sein. Schließlich gälte es auch neue Kommunikationsformen aufzubauen, die einen Dialog jenseits der Schlagwörter zwischen den Opponenten in einem politischen Konflikt erlauben, wobei diese Opponenten durchaus auch „von unten“, also nicht nur aus den Reihen der etablierten politischen Akteure, kommen sollten.

**Beispiel
Gentechnik-
diskussion**

Ein gutes Beispiel für neue Kommunikationsformen in der Politik sind die verschiedenen in Europa entwickelten Modelle zur politischen Entscheidungsfindung im Bereich der Gentechnik. In Dänemark und in den Niederlanden richtete man „Dialog-Modelle“ bzw. „Biotechnologie-Konsultationsgruppen“ ein, die einen Diskurs zwischen Gegnern und Befürwortern der Gentechnik fördern sollten. Ähnliche Modelle wurden auch in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht. In Frankreich kam es 1998 zur Einrichtung einer „Bürgerkonferenz“, die vom parlamentarischen Büro zur Abschätzung von Technologiefolgen veranstaltet wurde, für das ein Meinungsforschungsinstitut 14 „DurchschnittsbürgerInnen“ ausgewählt hatte, die dann zwei Tage lang über die Probleme und Herausforderungen der Gentechnik unter Beiziehung von Experten berieten und schließlich zu einem „Urteil“ betreffend politische Handlungsnotwendigkeiten in Sachen Gentechnik kamen.⁹ Eine weitere Herausforderung für das politische System besteht im Aufbau dessen, was man „elektronische Demokratie“ nennen könnte, also eine „systemische Antwort“ auf die

LISTE DER VOLKSBEGEHREN				
Jahr	Thema	Einleitung des Volksbegehrens durch	UnterzeichnerInnen	Anzahl der unterzeichnenden Wahlberechtigten
1964	ORF-Volksbegehren	34.641 Unterstützungserklärungen	832.353	17,27 %
1969	Schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche	74 SPÖ-Abgeordnete zum NR	889.659	17,74 %
1969	Abschaffung der 13. Schulstufe	50 LT-Abg. (17 Stmk., 14 Sbg., 14 Kärnten, 5 Vbg.)	339.407	8,77 %
1975	Schutz des menschlichen Lebens	762.664 Unterstützungserklärungen	895.665	17,93 %
1980	Pro-Zwentendorf -Volksbegehren	33.388 Unterstützungserklärungen	421.282	8,04 %
1980	Anti-Zwentendorf -Volksbegehren	13.516 Unterstützungserklärungen	147.016	2,83 %
1982	Konferenzzentrum Einsparungsgesetz	sämtl. ÖVP-LT-Abgeordnete aller Bundesländer	1.361.562	25,74 %
1985	Konrad-Lorenz -Volksbegehren	56.970 Unterstützungserklärungen	353.906	6,55 %
1985	Volksbegehren zwecks Verlängerung des Zivildienstes	46.774 Unterstützungserklärungen	196.376	3,63 %
1985	Volksbegehren gegen Abfangjäger	18.433 Unterstützungserklärungen	121.182	2,23 %
1986	Anti-Draken -Volksbegehren im Bundesland Steiermark	140.817 Unterstützungserklärungen	244.254	4,50 %
1987	Anti-Privilegien -Volksbegehren	sämtl. 18 FPÖ-Abgeordnete zum NR	250.697	4,57 %
1989	Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahl	26.643 Unterstützungserklärungen	219.127	3,93 %
1989	Sicherung der Rundfunkfreiheit in Österreich	mehr als 8 FPÖ-Abgeordnete zum NR	109.197	1,95 %
1991	Für eine Volksabstimmung über den Beitritt zum EWR	sämtl. 10 Grüne-Abgeordnete zum NR	126.834	2,25 %
1993	Volksbegehren „ Österreich zuerst “	mehr als 8 FPÖ-Abgeordnete zum NR	416.531	7,35 %
1995	Volksbegehren „ Pro Motorrad “	12.812 Unterstützungserklärungen	75.525	1,31 %
1996	Tierschutz -Volksbegehren	35 Abgeordnete zum NR (F und Grüne)	459.096	7,96 %
1996	Neutralitäts -Volksbegehren	31.166 Unterstützungserklärungen	358.156	6,21 %
1997	Gentechnik Volksbegehren	mehr als 8 Grüne-Abgeordnete zum NR	1.225.790	21,23 %
1997	Frauen -Volksbegehren	mehr als 8 Abg. zum NR (Grüne und SPÖ)	644.665	11,17 %

Quelle: Staudinger, Karl/Danich, Peter: Wie funktioniert die Republik? hg. v. der Politischen Akademie, Wien 1997, S. 102

insbesondere in den letzten Jahren so deutlich erkennbare politische Organisation über das Internet anzudenken. Die durchaus ermutigenden Erfahrungen mit neuen Kommunikationsmodellen aus dem Ausland zeugen davon, dass der Versuch neue politische Artikulationskanäle aufzubauen keineswegs nur im Reich politikwissenschaftlicher Phantasien stattfindet, sondern durchaus über eine konkrete politische Praxis verfügt.

Neue Kommunikationsmechanismen können aber rasch zu Formen politischen Rituals verkommen, sind sie nicht an Entscheidungsmechanismen gekoppelt, die eine tatsächliche Umsetzung der öffentlichen Deliberation in eine politische Entscheidung sicherstellen. Vor dem Hintergrund der Strukturdefizite der repräsentativen Demokratie wäre hier die stärkere Berücksichtigung direktdemokratischer Mechanismen zu überlegen. Im Kern bedeutet direkte Demokratie einen Übergang von der (repräsentativdemokratischen) Entscheidung über „Regierungspakete“ (deren Details nicht verhandelt werden können) zur Entscheidung über spezifische Politikinhalt (*policies*), sei es nun über Volksbefragungen, Bürgerbegehren oder andere Formen direkter Beteiligung der BürgerInnen am politischen Entscheidungsprozess.¹⁰

Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland existiert auch in Österreich vor dem Hintergrund der Ersten Republik und der Erfahrung des Nationalsozialismus eine gewisse Berührungsangst gegenüber der direkten Demokratie, ausgelöst durch Assoziationen mit „plebiszitärer Demokratie“ und Furcht vor neuen Formen der Herrschaftsakklamation und Manipulierbarkeit des Volkes von oben.¹¹ Dennoch sollte die Geschichte nicht die Sicht auf jene Verfahren verstellen, die von BürgerInnen „von unten“ ausgelöst werden, ihnen Gestaltungs- und Entscheidungsmacht einräumen und die heute in einer Reihe westlicher Staaten mit viel Erfolg und Innovationsgeist in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Dabei darf direkte Demokratie verbunden mit dem Aufbau neuer Kommunikationsformen in der Politik gedanklich keineswegs etwa auf Volksabstimmungen oder Volksbegehren reduziert werden, sondern beschreibt ein breit angelegtes demokratisches Programm, das der gesellschaftlichen Phantasie und dem Aufbau eines politischen Dialogs neuen Raum gibt.

Direktdemokratische Möglichkeiten der Einflussnahme

Herbert Gottweis, Univ.-Prof., Dr.

ist Universitätsprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

- 1 Keller, Fritz: Wien, Mai 68 – eine heiße Viertelstunde. Wien 1983.
- 2 Gottweis, Herbert: Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3. Auflage, Wien 1997, S. 342–358, S. 345.
- 3 Brand, Karl-Werner (Hg.): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und in den USA. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt/Main 1985, S. 306–334.
- 4 Siehe zum Folgenden: Gottweis, Herbert: Neue soziale Bewegungen. S. 347–348 und Schaller, Christian: Die österreichische Kernenergiekontroverse: Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess mit besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Zwentendorf bis 1981. Dokumentation – Analyse – Interpretation. 2 Bände, Dissertation Universität Salzburg, 1987.
- 5 Siehe theoretisch zum Begriff der Pluralisierung: Connolly, William E.: The Ethos of Pluralization. Minneapolis 1995.
- 6 Zur Theorie der neuen sozialen Bewegungen: Melucci, Alberto: Normads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society. Philadelphia 1998.
- 7 Gottweis, Herbert: Neue soziale Bewegungen. S. 345–355.
- 8 Grabner, Petra: Technik, Politik und Gesellschaft. Eine Untersuchung am Beispiel des österreichischen Gentechnikgesetzes. Frankfurt/Main 1999.
- 9 Catenhusen, Wolf-Michael/Neumeister, Hanna (Hg.): Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Chancen und Risiken der Gentechnologie. Dokumentation des Berichts an den Deutschen Bundestag. München 1987; Behrens, Maria/Meyer-Stumborg, Sylvia/Simonis, Georg: Gen Food. Einführung und Verbreitung, Konflikte und Gestaltungsmöglichkeiten. Berlin 1997; „Les citoyens appellent à la prudence face aux plantes transgéniques“, in: Le Monde, 23. Juni 1998.
- 10 Budge, Ian: The Challenge of Direct Democracy. Cambridge 1996.
- 11 Schiller, Theo (Hg.): Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis. Frankfurt/Main 1999, S. 9.